

# SPD demokratischer pressediens

P/XXVIII/154

9. August 1973

Die neue Phase der Friedenssicherung

---

"Den Staaten die Fähigkeit zum Kriegführen  
nehmen!"

Von Alfons Pawelczyk MdB  
Mitglied des Verteidigungsausschusses des  
Bundestages

Seite 1 und 2 / 60 Zeilen

Notruf 110 muß kommen

---

Schluß mit dem Kompetenzgerangel in der  
Bürokratie

Von Manfred Wende MdB  
Mitglied des Verkehrsausschusses des Bundes-  
tages

Seite 3 / 29 Zeilen

Öffentliches Interesse am Berufsboxverbot ?

---

Bundesregierung soll Gutachterkommission  
unterstützen

Von Dr. Adolf Müller-Emmert MdB  
Mitglied des Sportausschusses des Deutschen  
Bundestages

Seite 4 und 5 / 52 Zeilen

Abschied von einem sozialdemokratischen  
Vorbild

---

Ehrendes Staatsbegräbnis für den Rheinland-  
Pfälzer Eugen Hertel

Seite 6 / 41 Zeilen

Sonderbeilage: "Frau und Gesellschaft"

---

Chefredakteur: Dr. E. Eckert  
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler  
5300 Bonn 12, Heussallee 2-10  
Postfach: 120 408  
Pressehaus 1, Zimmer 217-224  
Telefon: 22 80 37 - 38  
Telex: 666 646 / 666 647

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH  
5300 Bonn - Bad Godesberg  
Kölner Straße 106-112, Telefon: 7 66 11

Die neue Phase der Friedenssicherung  
-----

"Den Staaten die Fähigkeit zum Kriegführen nehmen !"

Von Alfons Pawelczyk

Mitglied des Verteidigungsausschusses des Bundestages

Georg Lebers Reise in die USA hat sich gelohnt. Das ist deutlich genug an der Position zu erkennen, die US-Verteidigungsminister Schlesinger bei dem Hearing des Senatsausschusses für Waffenkontrolle bezogen hat. Die Bewertung der Militärpotentiale von NATO und Warschauer Pakt ist erheblich realistischer ausgefallen als noch vor wenigen Monaten. Aber das Rennen um die Verteilung der sicherheitspolitischen Lasten zwischen NATO-Europa und den USA ist noch nicht gelaufen.

Die Sicherheitspolitik der NATO muß der veränderten politischen Lage angepaßt werden. Es ist das gute Recht der amerikanischen Politiker, die Grundsatzdiskussion zugleich als willkommene Gelegenheit für eine Verringerung ihrer Bündnislasten zu benutzen. NATO-Europa muß aber seine eigenen Argumente dagegensetzen und darf nicht frühzeitig auf die Wünsche der USA einschwenken, weil das gefährliche Konsequenzen für beide Seiten hätte. Die gegenseitige Abhängigkeit ist den Westeuropäern bewußter als vielen Bürgern und Politikern in den USA, denen nicht klar zu sein scheint, daß z.B. ein einseitiger einschneidender Truppenabzug aus Europa dem Verzicht auf die Weltmachtstellung Washingtons gleichkäme. Da die US-Truppen in Europa zugleich Nahost-Funktionen besitzen, würde der Rückzug aus zwei entscheidenden Regionen der Weltpolitik sofort erfolgen. Die betroffenen Staaten und Staatengruppen wären gezwungen, über neue Bündniskonzeptionen nachzudenken. Solche Verschiebungen will natürlich auch in den USA niemand, und deshalb kann am Ende der Grundsatzdiskussion nur ein faires und vernünftiges Ergebnis stehen.

Indiskretionen aus amerikanischen Planstudien haben jedoch den Kräften zusätzliche Argumente geliefert, die die US-Truppenpräsenz in Europa drastisch reduzieren wollen. Übrigens auch der

Sowjetunion, die leugnet, daß konventionelle Asymmetrien bestehen. Die Vorstellungen der sog. "Pentagon-Studie" sind völlig unakzeptabel. Dort heißt es beispielsweise, daß Westeuropa einen 90tägigen konventionellen Krieg bestehen könnte. Wir sind zwar weder in der Lage noch dürfen wir uns dazu hergeben, Demonstrationsfeld für eine militärische Auseinandersetzung zu sein. Die von interessierter Seite fast gleichzeitig wieder in die Diskussion eingeführten "Mininucs" erleichtern ebenfalls nicht das Gespräch. Die "Mininucs" - sogenannte "kleine und saubere" Atombomben - dürfen nicht im Austausch gegen das vorhandene Potential eingeführt werden. 90 Tage und "Mininucs" sind Stichworte eines sicherheitspolitischen Konzepts, das den Kriegsausbruch in Europa mit ins Auge faßt, zugleich aber versucht, seine Ausweitung in einen nuklearen Weltkrieg zu verhindern.

Ziel der Grundsatzdiskussion muß dagegen die Erarbeitung einer Position sein, die das Gleichgewicht zwischen NATO und Warschauer Fakt aufrechterhält bzw. bei drastischem Abbau der Militärpotentiale. Der Schwerpunkt der Diskussion muß sich nach drei Jahrzehnten Nachkriegsgeschichte verschieben. Die lediglich kriegsverhindernden Sicherheitssysteme sind mehr und mehr durch friedenssichernde zu ersetzen. Die Weiterentwicklung von Strategien, mit deren Hilfe versucht werden soll, durch Wettrüsten das Gleichgewicht aufrechtzuerhalten, um Kriege zu verhindern, wenigstens in ihren Auswirkungen zu begrenzen, ist abzulösen durch Strategien, die Frieden bewirken und stabilisieren.

Das bedeutet: 1. Statt der Offenhaltung von Optionen, die geografisch begrenzte Kriege ermöglichen, ist den Staaten durch MBFR-, KSZE- und SALT-Vereinbarungen systematisch die Fähigkeit zur Kriegsführung zu nehmen. 2. Statt der "Verbesserung" von "unsauberen" Atomwaffen in "saubere" sind qualitative Eingriffe in die Rüstungsforschung zu vereinbaren.

(-/9.8.1973/wt/ex)

Notruf 110 muß kommen

Schluß mit dem Kompetenzgerangel in der Bürokratie

Von Manfred Wende MdB

Mitglied des Verkehrsausschusses des Bundestages

Immer noch wartet die Bevölkerung der Bundesrepublik vergeblich auf die Einführung einer einheitlichen Notrufnummer 110 im Bundesgebiet. Und dies, obwohl in der letzten Zeit die Bemühungen, diesen einheitlichen Notruf 110 einzuführen, von der Bundesregierung energisch vorangetrieben worden sind. Bundesminister Prof. Dr. Horst Ehmke hat als Postressortchef den Ländern das Angebot unterbreitet, daß die Deutsche Bundespost zunächst die Finanzierung der Einrichtung des Notrufs übernehmen würde und die Länder die laufenden Kosten tragen sollten.

Hierzu muß man hervorheben, daß die Feststellung, daß das Einrichten und Unterhalten von Notrufanlagen zu den Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung gehören, bisher von den Ländern unwidersprochen geblieben ist. Den Bundesbürger interessiert weniger, welche Gebietskörperschaft mit seinen Steuergeldern den einheitlichen Notruf finanziert; er sieht, daß von den jährlich 200.000 Notfallopfern eine große Zahl gerettet werden könnte, wenn es ein einheitliches Notrufsystem im Bundesgebiet gäbe.

Auch aus der Sicht der Verkehrssicherheit ist die Einführung der einheitlichen Rufnummer dringend notwendig. Ein Großteil der Notfallopfer sind Verkehrsoffer, die hätten gerettet werden können.

Leider haben die Gespräche zwischen Bund und Ländern noch kein zufriedenstellendes Ergebnis gebracht, weil sich die Länder der Übernahme der Kosten widersetzen. Der von Bundesminister Dr. Ehmke vorgeschlagene Kompromiß erscheint mir aber als ein gangbarer Weg, und man sollte daher nach den langjährigen Diskussionen und Streitereien endlich die Kostenfrage lösen: der Menschen wegen, die Anspruch auf schnellstmögliche Hilfe im Notfall haben. Für ein weiteres Kompetenzgerangel in der Bürokratie ist diese Sache nun wirklich zu ernst!

(-/9.8.1973/ks/ex)

Öffentliches Interesse am Berufsboxverbot ?  
-----

Bundesregierung soll Gutachterkommission unterstützen

Von Dr. Adolf Müller-Emmert MdB

Mitglied des Sportausschusses des Deutschen Bundestages

Mit der Forderung nach einem generellen Verbot des Boxens hat "PZ", das Organ der Bundeszentrale für politische Bildung, zwar keine brandneue, aber dennoch aktuelle Problematik angesprochen. Wichtig ist es, daß bei dieser Diskussion eine Trennung zwischen Berufs- und Amateurboxen vorgenommen wird. Eine Pauschalierung bringt nur noch mehr Schwierigkeiten in diesen Themenkomplex als dies ohnehin schon der Fall ist.

Besonders die Todesfälle des Kölners Jupp Elze im Jahre 1968 und des Studenten Willm Kramer im vergangenen Jahr hatten massive Forderungen nach einem gesetzlichen Boxverbot in der Bundesrepublik ausgelöst. Auch die Hinweise auf die mehr als 300 Boxtoten seit 1945 im westlichen Teil der Erde - zusätzlich einer möglichen Dunkelziffer durch Spätfolgeerscheinungen - untermauern den Ruf nach staatlichen Maßnahmen. Während sich "PZ" in der Argumentation fast ausschließlich für Gutachten der Prof. Unterharnscheidt, Sellier, Jockel und Keul stützt, vermag sich die Ärztekommision des Deutschen Amateur-Box-Verbandes (DABV) der bisher bekanntgewordenen Haltung der kompromißlosen Professorenforderung nicht anzuschließen. Thesen wie die des amerikanischen Professors Jokel: "der Ko ist die einzige gesetzlich erlaubte Tötungsart" oder "Boxen ist die einzige Sportdisziplin, die sich zum Ziele setzt, einen anderen körperlich schwer zu schädigen", haben aber vor allem in der letzten Zeit ihre Wirkung nicht verloren.

Bedauerlich ist es, und dies geht eindeutig zu Lasten des gesamten Amateurboxens, daß der Internationale Amateur-Box-Ver-

band eine begonnene Gehirnstromkurvenuntersuchung aller am Olympischen Turnier 1972 beteiligten Boxer nicht zu Ende führen ließ. Eine medizinisch fundierte Untersuchungsreihe hätte sicherlich zu einer Versachlichung der Diskussion beitragen können. Interessant ist in diesem Zusammenhang, daß sich in der Ärztekommision der DABV kaum Befürworter des Berufsboxens finden.

Konzentriert man die Verbotsdiskussion auf die juristischen Möglichkeiten, so käme ähnlich der Regelung in Schweden eine gesetzliche Maßnahme in Betracht, die auch eine Einschränkung des Artikels 12 des Grundgesetzes mit dem Recht der freien Berufswahl bedeuten würde: Ein verfassungsrechtlich nicht unumstrittenes Vorhaben. Zweifelsfrei ist, daß ein berechtigtes "Öffentliches Interesse" an der Klärung der Problematik des Boxens und insbesondere des Berufsboxens besteht. Dies allein rechtfertigt schon die Forderung an die Bundesregierung, die Einsetzung einer neutralen Gutachterkommission zu unterstützen.

Die Hauptaufgabe dieser Kommission wäre die Ermittlung optimaler medizinischer Erkenntnisse über die Gefahren des Boxens - insbesondere des Berufsboxens - sowie eine Prüfung, ob die geltenden Schutzbestimmungen für die Amateurboxer vor allem aus medizinischer Sicht ausreichend und die unteren Altersgrenzen in den Jugendklassen vertretbar sind.

Wertvoll dürften auch die Erfahrungen sein, die man z.B. in Island, der Volksrepublik China - wo totales Boxverbot herrscht - und in Schweden gemacht hat, wo das Berufsboxen seit dem 1. Januar 1970 gesetzlich verboten ist.

(-/9.8.1973/wt/ex)

## Abschied von einem sozialdemokratischen Vorbild

---

### Ehrendes Staatsbegräbnis für den Rheinland-Pfälzer Eugen Hertel

Die rheinland-pfälzischen Sozialdemokraten haben am Mittwoch in Kaiserslautern ihren großen alten Mann zu Grabe getragen. Das Staatsbegräbnis für den im 81. Lebensjahr verstorbenen Eugen Hertel war eine nochmalige Bekundung des großen Respekts vor dem aufrechten Demokraten und langjährigen Oppositionsführer im rheinland-pfälzischen Landtag, der über die Parteigrenzen hinweg Maßstäbe für politisches und parlamentarisches Wirken vorgelebt und gesetzt hat.

Der junge Handwerker bekannte sich mit 20 Jahren zur Sozialdemokratie. Seit 1924 gehörte er dem Rat seiner Vaterstadt in Kaiserslautern an. Mit dem Berufsverbot für den inzwischen als Redakteur bei einer SPD-Zeitung tätigen Tischler durch das NS-Regime war auch der Verlust des Mandats verbunden. Eugen Hertel ging in die innere Emigration.

Nach dem totalen Zusammenbruch wurde Eugen Hertel für seine Heimatstadt und sehr bald auch für die pfälzische Sozialdemokratie zu einem der wichtigsten Männer der ersten Stunde. Mit der Solidarität des Handwerksmeisters und der moralischen Kraft eines von seiner unerschütterlichen Überzeugung getragenen Mannes arbeitete er an den Fundamenten eines neuen demokratischen Gemeinwesens. Sein persönliches Beispiel war es vor allem, das in jenen ersten Nachkriegsjahren viele junge Menschen, die enttäuscht, erschüttert und zerschlagen aus dem "Dritten Reich" in Elend und Bitternis entlassen worden waren, den Weg in die SPD finden ließ.

Es wäre müßig, die Zahl jener Bürger auch nur schätzen zu wollen, die im Laufe dieses erfüllten politischen Lebens bei Eugen Hertel Rat und Hilfe gesucht und in den meisten Fällen gefunden haben. Sein Leben und sein Wirken waren von verantwortungsvoller Nächstenliebe und geradliniger Redlichkeit geprägt. Sein politisches Engagement für seine Partei und unseren demokratischen Staat war niemals nur abstrakt oder theoretisch, sondern immer zugleich an der Praxis, das heißt am Wohl der Bürger orientiert. In diesem Zusammenhang soll Eugen Hertel für sich selbst sprechen. In einer Autobiographie schrieb er:

"Mein Leben beweist, daß politische Arbeit den Hinweis auf die 'Drecklinie' nicht verdient. Politische Betätigung ist genauso sauber wie die Menschen, die jeweils als tragende Kräfte sich im Leben der Gemeinschaft um die Erhaltung des Wohles aller und die gesunde Fortentwicklung bemühen."

Dies ist ein Vermächtnis, mit dem Eugen Hertel nicht nur bei den Sozialdemokraten in seiner engeren Heimat weiterleben wird.

Lothar Schwartz  
(-/9.8.1973/ks/ex)